

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 25. Juni 1954

Nummer 26

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Juni 1954

Gebesserte internationale Konjunktur — aber noch verkrampfter Welthandelszustand

Die Wirtschaftstätigkeit in den westeuropäischen Industrieländern ist weiterhin rege und die „recession“ in den Vereinigten Staaten von Amerika scheint praktisch ausgelaufen zu sein. Die weltwirtschaftlichen Rückwirkungen dieser Entwicklungen dokumentieren sich neuerdings vor allem in der Überwindung der Preisschwäche am internationalen Stahlmarkt, die jetzt auch in der von der Brüsseler Exportkonvention vorgenommenen Heraufsetzung der Preise für einzelne Walzwerkserzeugnisse ihren augenfälligen Ausdruck findet. Sie fällt zeitlich allerdings annähernd mit Preissenkungen am Weltweizenmarkt zusammen, die zeigen, daß die Weltkonjunktur weiterhin sehr labil und zum Beispiel gegenüber dem andauernd hohen Angebotsdruck bei wichtigen Agrarprodukten, neuerdings z. T. verstärkt durch günstige Ernteerwartungen empfindlich bleibt.

Die im Zeichen weltweiter Käufermärkte stehende wirtschaftliche Entwicklung hat darüber hinaus ganz allgemein zu einer Intensivierung des Wettbewerbs gerade auch bei den industriellen Fertigungserzeugnissen geführt. Die Bestrebungen, sich gegen die internationalen Konkurrenten zu schützen, haben sich infolgedessen gerade in den Volkswirtschaften verschärft, in denen im Laufe des letzten Jahres konjunkturelle Abschwächungen fühlbar wurden. So vermochten auch in diesem Jahr die protektionistischen Interessenten in den Vereinigten Staaten ihren Standpunkt insofern erfolgreich durchzusetzen, als sie die als notwendig erachtete mehrjährige Verlängerung des *Reciprocal Trade Agreements Act* im Repräsentantenhaus unterbanden. Es kam nur zu einer einjährigen Verlängerung des Gesetzes. Auch in Kanada sind protektionistische Vorstöße im Gange, die eine Erschwerung der Einfuhr von Konsumgütern bezwecken, und die sich gegen die Vereinigten Staaten, aber auch gegen England und das auf dem Weltmarkt schon schwer kämpfende Japan richten. Auch da, wo eine Libe-

ralisierung der Importe — wie etwa in England — auf dem Programm steht, machen sich austauschfeindliche Tendenzen in Form von Zollerhöhungen bemerkbar.

Pläne und Abkommen, exportfördernde Maßnahmen abzubauen, wie sie von England und Deutschland gemeinsam gefaßt worden sind, dürfen in ihrer symptomatischen Bedeutung nicht überschätzt werden; denn gleichzeitig verlautet etwa, daß in den Vereinigten Staaten der Import-Export-Bank neue Mittel und neue Vollmachten gegeben werden sollen, um durch langfristige Kreditgewährung den Bezug amerikanischer Waren im Ausland zu erleichtern. Solange eine solche Politik der staatlich geförderten Exportkreditgewährung nur der stockenden Inlandskonjunktur das sog. „Exportventil“ öffnen soll, ist sie für die internationale Konjunktur von recht zweifelhaftem Wert.

Alle derartigen Maßnahmen der Importbeschränkung und Exportförderung können für sich allein ihr Ziel schließlich nicht erreichen; sie drohen sogar das Gegenteil, eine weitere Verengung des internationalen Warenaustausches, zu bewirken. Für die konjunkturelle Betrachtung sind sie nur Symptome einer ständig sich verschärfenden Konkurrenz am Weltmarkt, aber keine Heilmittel. Nur eine allgemeine Expansion in der Konjunktur der westlichen Welt, also eine parallele Expansion der Binnenmärkte und der Außenwirtschaft, könnte den nötigen Spielraum auch für eine gesunde Erweiterung des Außenhandels jedes einzelnen Welthandelspartners schaffen. Die Entkrampfung der konjunkturellen Situation, die nach dem Abebben des amerikanischen Konjunkturückschlages 1953/54 nun da und dort — vor allem auf wichtigen Weltwarenmärkten — zu beobachten ist, hat offenbar noch nicht recht auf die Welthandelspolitik übergegriffen, die immer noch im Stadium der Reaktion auf die Abschwächung der Weltkonjunktur 1953/54 steht und somit in einer bedenklichen Weise konjunkturell „nachhinkt“.

Anhaltende Belebung in Westdeutschland

In der westdeutschen Wirtschaft hat die Konjunkturbelebung weiter angehalten. Zu den besonders erfreulichen Merkmalen dieser Belebung gehört die Tatsache, daß das westdeutsche Sozialprodukt auch unter den Bedingungen des fortwährenden Käufermarktes seinen Fortschritt nicht nur halten, sondern noch verstärken konnte.

Den Hauptanteil an diesem seit April dieses Jahres wieder intensivierten Fortschritt tragen bekanntlich die Investitionen, und zwar nicht nur die Bauinvestitionen, sondern vor allem auch die industriellen Ausstattungsinvestitionen, die ihre Fortschrittsrate gegenüber dem Vorjahr beträchtlich erhöhen konnten. Aber auch bei der Verbrauchsgüterproduktion konnte der Fortschritt gegenüber dem Vorjahr verstärkt werden.

Dieser Aufwärtsbewegung der industriellen Gütererzeugung hat sich die Entwicklung der Einkommen allerdings nur verlangsamt angepaßt. Die Zuwachsraten der Masseneinkommen haben sich verringert; ihre Zunahme wird heute in stärkerem Maße als in den früheren Jahren durch das Wachsen der Beschäftigung und nur noch vereinzelt durch Lohnerhöhungen bestimmt.

Gegenüber dem verlangsamten Zuwachs der Masseneinkommen zeigen jedoch die Einkommen der Unternehmer und Selbständigen seit Beginn dieses Jahres zum erstenmal wieder nach zwei Jahren eine geringfügige Aufwärtsbewegung.

Es wäre jedoch abwegig und voreilig, aus dieser wieder günstigeren Entwicklung der Unternehmereinkommen zu folgern, daß die Bereinigung jener strukturellen Probleme — wie vor allem des Steuer- und Zinsproblems —, die unter dem Zeichen tendenziell sinkender Erträge der Wirtschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen hatten, nunmehr auf Grund der offenbar wieder gebesserten Preiskostenrelation an Aktualität verloren hätten. Abgesehen davon, daß die Beseitigung struktureller Hemmungen, wie gerade der vorgenannten, mit Erfolg überhaupt nur unter den heute gegebenen Bedingungen einer kräftig expandierenden Wirtschaft in Angriff genommen werden kann, deuten auch wichtige Anzeichen darauf hin, daß die investierende Wirtschaft trotz ihres verstärkten Fortschritts auf die Lösung dieser Strukturprobleme nicht verzichten kann.

Zu diesen Anzeichen gehört einmal die Tatsache, daß der Anteil der Fremdfinanzierungen an der Gesamtfinanzierung der Investitionen stetig wächst, ohne daß der Zugang zu diesen fremden Mitteln für die investierende Wirtschaft, soweit es sich um den nicht geförderten Bereich handelt, bisher durch Zinssenkungen erleichtert worden wäre. Soweit zum anderen in gewichtigen Bereichen der Wirtschaft aus dieser Tendenz der wachsenden Fremdfinanzierung, die an sich notwendig aus der wachsenden Ersparnisbildung der Nichtunternehmer folgt, ein Mißverhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln entstanden ist oder zu entstehen droht, wird die Kreditbeschaffung für die hiervon betroffenen Unternehmen nicht nur auf Grund der wachsenden Zinslast, sondern auch dadurch schwieriger, daß die fremden Mittel nach wie vor überwiegend

durch die Geld- und Kreditinstitute und nur unzureichend auf direktem Wege, d. h. durch ein direktes Schuldner-Gläubigerverhältnis der Unternehmer untereinander bzw. der Unternehmer gegenüber den privaten und öffentlichen Haushalten, beschafft werden können. Für den Grad der Bereitschaft der Kreditinstitute zur Kreditgewährung ist jedoch — unbeschadet des tendenziell günstigen Liquiditätsstatus — das gegenwärtig angespannte Verhältnis von eigenen und fremden Mitteln ein wesentlicher Faktor, der zur Zeit vielfach eine gewisse Zurückhaltung in der Kreditgewährung nahelegt.

Für die Stärkung der eigenen Mittel wäre, da die Selbstfinanzierung als Finanzierungsquelle nicht mehr so reichlich fließt, die Aktienemission naturgemäß die nächstliegende Lösung. Die Frage der ausreichenden Bereitstellung von Risikokapital für die Wirtschaft ist zwar keineswegs ein spezifisch westdeutsches, sondern auch ein internationales Problem. Für Westdeutschland ist die Lösung dieser Frage jedoch von erhöhter Bedeutung, weil die Finanzierungslücke, die durch den Mangel an Risikokapital besteht, auf die Dauer nicht durch institutionelle Kredite ausgefüllt werden kann. Auch wenn die Banken bisher in steigendem Maße diese Lücke nicht nur durch zunehmende längerfristige Kreditgewährung, sondern auch durch steigenden Wertpapiererwerb schließen konnten, so ist dies letzten Endes doch nur ein Provisorium. Bei dieser Regelung werden — ungesunderweise — statt der Wertpapiersparer die Banken mit dem Kursrisiko belastet. Die sich schon seit geraumer Zeit anbahnende großzügigere Dividendenpolitik (Ausschüttung höherer Dividenden) deutet im Zusammenhang mit dem Anstieg des Aktienkursniveaus darauf hin, daß von seiten der Wirtschaft das Problem der wachsenden Bedeutung des Risikokapitals für die Investitionsfinanzierung durchaus erkannt worden ist und daß man auch bereit ist, den Markt für neue Aktienmissionen reif zu machen.

Die wirtschaftspolitische Hilfestellung und Unterstützung, die diese erfreulichen Entwicklungstendenzen bisher erfahren haben, beschränkten sich bisher jedoch im wesentlichen auf die bekannten Maßnahmen der monetären Instanzen. Die Reichweite dieser Maßnahmen, wie etwa auch die jüngste Diskontsenkung, ist jedoch begrenzt, auch dann, wenn sie in der Absicht erfolgen, über die Geldmarktsphäre hinaus auf dem Kapitalmarkt bestimmte, d. h. zinssenkende Wirkungen zu erzielen. Es wäre daher jetzt die Aufgabe der Geldinstitute, diesen Zielen durch eine nachgebende Zinspolitik zu folgen. Die Konkurrenz der Geldinstitute im Passivgeschäft und damit in der Habenzinsgestaltung hat zwar nachgelassen, und dies hat sicherlich auch zu der verstärkten Belebung des Wertpapiermarktes beigetragen. Den Hauptanteil an diesem erhöhten Wertpapierabsatz trugen aber gerade in den letzten Monaten wieder die Geldinstitute selbst und nicht, wie erwünscht, die Wirtschaft und privaten Haushalte. Da ein nachgebender Bankzins den Anreiz zur Wertpapieranlage gerade auch für die Wirtschaft und Haushalte erhöhen würde, ist zu hoffen, daß die Geldinstitute in ihrer Zinsgestaltung dem jetzt Rechnung tragen werden.

Geld und Kredit in der heutigen Wirtschaftssituation der sowjetischen Besatzungszone

In einer an dieser Stelle veröffentlichten Analyse der Wirtschaftsanalyse in der SBZ¹⁾ ist erwähnt worden, daß der steigende Notenumlauf in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres unter anderem als eine Bestätigung für die sich verschlechternde Versorgung der Konsumgütermärkte angesehen werden kann. Da in der SBZ der Bargeldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft in einem anderen Zusammenhang miteinander stehen als im westlichen Geldsystem, und im übrigen auch die stärkere Geldfülle nicht unmittelbar auf das Preisniveau einwirken kann, kann hier nicht von einer inflatorischen Entwicklung im üblichen Sinne gesprochen werden, sondern von einer Entwicklung, die sich aus Divergenzen bei der Erfüllung verschiedener Teilpläne oder bereits aus falscher Planung ergibt. Eine wenigstens überschlägige Darstellung der Geldumlaufs- und Kreditplanung und ihrer Entwicklung in den letzten Jahren ermöglicht es, trotz der wenigen greifbaren Daten diese Zusammenhänge einigermaßen zu erkennen und auch das Ausmaß der Divergenzen wenigstens größenordnungsmäßig zu umschreiben.

Bankenstruktur und Kreditverfassung in der SBZ

Das sowjetzonale Bankwesen ist wesentlich weniger gegliedert als das der Bundesrepublik. Die Deutsche Notenbank, laut Gesetz als Staatsbank bezeichnet, beansprucht für sich die Ausschließlichkeit bei den wichtigsten Teilen der gesamten bankmäßigen Geschäfte, und zwar für die Kassenführung des Staatshaushalts, für den gesamten Geldverkehr der volkseigenen Wirtschaft und der großen Massenorganisationen, sowie ferner der privaten Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten.

Für alle sonstige Banktätigkeit übt sie die Funktion einer Zentralbank aus und nimmt damit weitgehenden Einfluß auf die Tätigkeit der Deutschen Bauernbank und der ihr angeschlossenen Institute für den landwirtschaftlichen Sektor sowie auf Sparkassen und gewerbliche Genossenschaftsbanken für das Kleingewerbe und Privatpersonen. Aus rein natürlichen Gründen sind diese Institute im allgemeinen mehr Abgeber als Nehmer von Zentralbankgeld. In der SBZ ist dies um so mehr der Fall, als die Deutsche Notenbank durch die von ihr herausgegebenen allgemeinverbindlichen Kreditrichtlinien und die Limitfestsetzungen das Kreditgeschäft dieser Institute einschränkt und sie gleichzeitig durch allgemeinverbindliche Anlagerichtlinien zwingt, ihre gesamten Liquiditätsreserven zur Deutschen Notenbank zu legen.

Auch das Kreditgeschäft der Deutschen Notenbank in dem ihr vorbehaltenen Sektor erhält seine besondere Note durch die Planwirtschaft der SBZ. Die Wirtschaftstätigkeit der „volkseigenen“ Betriebe beruht auf Produktionsauflagen und „planmäßiger“ Zuweisung von Rohstoffen, Materialien und Arbeitskräften. Hieraus folgt, daß jeder einzelne Betrieb nach seiner Planaufgabe auch einen genau bestimmten Anspruch auf Kredit haben muß, der relativ unabhängig ist sowohl von der eigenen Liquidität des Betriebes als auch von der Liquiditätslage der Bank. Es ist sogar von Wichtigkeit, daß der Betrieb in seiner Liquidität beschränkt ist, denn er soll unter allen Umständen gezwungen sein, die eingeplanten Kredite auch in Anspruch zu nehmen, damit die Deutsche Notenbank als

Kontrollinstrument der Planungsbehörde für den Ablauf der Produktions- und Warenumsatzpläne auf dem Wege über die Inanspruchnahme und Abdeckung der Kredite wirken kann.

Die knappe Ausstattung der Betriebe mit eigenen liquiden Mitteln beruht auf den bereits seit 1949 geltenden und in der Folge im einzelnen mehrfach abgeänderten Richtlinien zur Finanzwirtschaft der „volkseigenen“ Wirtschaft. Nach diesen Richtlinien werden für die Betriebe der verschiedenen Branchen die betriebsnotwendigen Umlaufmittel (Roh- und Betriebsstoffe, Waren, Kassenbestände) nach gewissen einheitlichen Merkmalen errechnet. Die einzelnen Betriebe hatten ihre die Richtsätze übersteigenden Mittel zu Lasten ihres Eigenkapitals an den Staatshaushalt abzuführen und müssen neu erworbene Mittel weiterhin ständig abführen, erhielten und erhalten aber auch fehlende Mittel durch ständige Zuführungen. Die Lagerhaltung ist fast ganz von der Industrie auf den Großhandel übergegangen, der seinerseits mit einem sehr hohen Anteil von Bankkrediten arbeitet.

Die Kreditsummen der volkseigenen Wirtschaft entsprechen im wesentlichen den Werten aller überhaupt in der volkseigenen Wirtschaft vorhandenen Rohstoffe, Materialien und Fertigwaren. Eine gewisse Verschiebung ist seit Mitte 1952 dadurch eingetreten, daß in zunehmendem Maße auch Debitoren bankmäßig finanziert werden. Nach Einführung des sog. „Rechnungseinzugsverfahrens“ dürfen die Betriebe in der Regel keine Forderungen, die älter als drei Tage sind (vorher galt ein Zahlungsziel von 15 Tagen), mehr führen. Von der Kreditsumme am 30. November 1953 entfallen allein rd. 2 Mrd. DM auf sog. „Rechnungseinzugskredite“, d. h. kurzfristige Debitorenbevorschussung.

Kurzfristige Kredite und Bankeinlagen in der SBZ *)
in Mill. DM

	31. Aug. 1951	31. Okt. 1952	30. Nov. 1953
Kurzfristige Kredite	4 750	6 760	9 217
Volkseigene Wirtschaft .	3 680	.	7 431
Konsumgenossenschaften	325	.	850
Priv. Landwirtschaft . .	255	.	} 936
„ Handel u. Gewerbe	490	.	
Bankeinlagen (ohne Sparguthaben)	5 639	7 150	9 400
Staatshaushalt	2 310	.	.
Volkseigene Wirtschaft .	506	.	.
Sonstige	1) 2 823	.	.

*) Einschl. Ost-Berlin.

1) Davon etwa 500 Mill. DM bei der Deutschen Notenbank als Einlagen größerer Privatbetriebe und Organisationen, Rest Giroguthaben bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken. —
2) Geschätzt. Die Summen liegen um 500 bzw. 700 Mill. DM niedriger als dem Zuwachs an Krediten entspricht, weil der Staatshaushalt Verpflichtungen in diesem Ausmaße getilgt hat. Der Betrag für 1951 enthält keine Verpflichtungen an Auslandsbanken. Nach der Entwicklung des Außenhandels müssen die Zahlen für 1952 rd. eine Milliarde DM und für 1953 rd. 1,5 Milliarden DM derartige Verpflichtungen enthalten.

Die Zahlen für die Bankeinlagen für August 1951 zeigen die außerordentlich niedrige Kapitalausstattung der volkseigenen Wirtschaft. Ein Vergleich der Einlagen Sonstiger mit der geringen Kreditsumme der privaten Wirtschaft zeigt ferner das Ausmaß, in dem die Deutsche Notenbank die Guthaben der übrigen Banken an sich selbst herangezogen hat. Genau aufgegliederte Zahlen für Ende 1953 liegen leider nicht vor. Die Guthaben des Staatshaushalts sind wahrscheinlich etwas angestiegen (Ende August 1953 be-

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, 21. Jg., Nr. 23 vom 4. 6. 54.

trugen sie rd. 2,7 Mrd. DM), die der volkseigenen Betriebe werden sich entsprechend der gestiegenen Kreditsumme etwa verdoppelt haben. Berücksichtigt man ferner, daß in der Gesamteinlagensumme auch Gegenwertkonten der Auslandsbanken im Ausmaß von rd. 1,5 Mrd. DM enthalten sein müssen (s. Fußnote zur Tabelle), so dürfte die Einlagensumme der privaten Kreise auf etwa 4 Mrd. DM gestiegen sein. Da aber im gleichen Zeitraum die privaten Industrie- und Handelsbetriebe durch übertriebene Steuerforderungen und sonstige Schikanen gehindert waren, Kapital zu bilden, muß die Steigerung der Einlagensumme im wesentlichen die Giro Guthaben der breiteren Bevölkerung, insbesondere die Lohn- und Gehaltskonten, betreffen. Diese Steigerung hat etwa das gleiche Ausmaß wie die Entwicklung der privaten Sparguthaben bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die von August 1951 bis November 1953 von 1,36 Mrd. DM auf rd. 2 Mrd. DM anstiegen.

Es hat sich hier also eine gewisse Kaufkraft angesammelt, die nicht, wie es in der Sowjetunion üblich ist, durch Auflegung von Staatsanleihen und von Schuldverschreibungen der Deutschen Investitionsbank abgeschöpft werden konnte, wahrscheinlich weil der Markt nach den geringen Ergebnissen der Spareinlagenwerbung, die auch die fast zwangsweise Werbung im Rahmen des sog. „Nationalen Aufbauprogramms“ umfaßte, hierfür nicht reif erschien.

Bargeldumlauf

Der Bargeldumlauf in der SBZ steht nicht im gleichen funktionalen Zusammenhang mit der Summe der Bankkredite wie in der Bundesrepublik. Hier hatte der Bargeldumlauf zu den genannten Terminen jeweils 53 vH, 52 vH und 51 vH der Kreditsumme betragen, in der SBZ dagegen 71 vH, 53 vH und 40 vH.

Die Unterschiede erklären sich daraus, daß in der SBZ der Verkehr mit Bargeld in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt ist. Grundsätzlich darf seitens der Unter-

Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Banken) in der SBZ
in Mill. DM

Stichtag	1951	1952	1953	1954
10. Januar.....	3 473	3 466	3 599	3 784
10. Februar.....	3 477	3 383	3 730	3 891
10. März.....	3 466	3 135	3 860	4 073
10. April.....	3 383	3 172	3 694	4 180
10. Mai.....	3 404	3 150	3 791	4 274
10. Juni.....	3 391	3 134	3 523	4 229
10. Dezember.....	3 483	3 563	3 776	.

nehmungen Bargeld nur für Lohnzahlungen und für gewisse kleine Ausgaben verwendet werden. Alle Betriebe, auch der kleinste Einzelhändler, sind verpflichtet, ihre Bargeldeinnahmen bis auf ein geringfügiges „Kassenlimit“ uneingeschränkt auf ihre Bankkonten einzuzahlen. Gelder für Lohnzahlungszwecke müssen in jedem einzelnen Falle unter Vorlegung von Lohnlisten gesondert bei den Banken wieder abgefordert werden. Diese enge Begrenzung soll verhindern, daß sich die Unternehmungen der Kontrolle der Deutschen Notenbank entziehen.

Die Begrenzung ermöglicht es, den planmäßig erforderlichen Bargeldumlauf annähernd genau abzuschätzen.

Schätzung des Bargeldbedarfs der SBZ für das III. Quartal 1951

	Monatl. Bargeldauszahlung in Mill. DM	Umschlagshäufigkeit im Monat	Zahlungsmittelbedarf in Mill. DM
Gehälter	360	1 ×	360
Löhne	990	3 ×	330
Renten	270	1 ×	270
Privatentnahmen	180	2 ×	90
Landwirtschaftlicher Einkauf etwa 2000 . .	400	1 ×	400
Kassenlimite der Unternehmungen . .	.	.	150
Insgesamt	2 200		1 600

Der tatsächliche Bargeldumlauf betrug 1951 rd. 3,4 Mrd. DM. Für das erste Halbjahr 1954 ist die Steigerung der Gehälter, Löhne usw. mit höchstens 30 vH anzunehmen, und die für die Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte aufzuwendenden Beträge mit etwa 75 vH der Summe von 1951. Theoretisch wäre demnach ein Bargeldumlauf von rd. 2,3 Mrd. DM notwendig; statt dessen betrug der Umlauf 4,2 Mrd. DM.

Im Jahre 1951 hat der wirkliche Bargeldumlauf um etwa 1,8 Mrd. DM höher gelegen als theoretisch notwendig gewesen wäre. Der wesentliche Teil dieses Betrages stellt vermutlich Bargeldhorte der Bevölkerung aus der Periode der Schwarzen Märkte dar.

Der relativ gleichgebliebene Bargeldumlauf in den beiden Jahren 1951 und 1952 bei bereits steigenden Lohneinkommen und zum Teil sinkenden Preisen (HO-Preise) an den Konsumgütermärkten zeigt offenbar auch eine Besserung der Versorgung mit Konsumgütern an. Das Ansteigen des Bargeldumlaufs im ersten Halbjahr 1953 und der relative Rückgang im zweiten Halbjahr bestätigen diese Annahme, da sie parallel läuft mit der damals beobachteten Verengung der Konsummärkte, die durch die ersten Maßnahmen des „neuen Kurses“ durch eine reichlichere Beschickung der Märkte zeitweise überwunden wurde.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt aber die Entwicklung des Bargeldumlaufs seit Beginn des Jahres 1954 an Bedeutung als Zeichen für eine erneute Markteinstellung. Man wird ungeachtet aller gegenteiligen Kundgebungen der sowjetzonalen Planungsbehörden an der weiteren Entwicklung des Bargeldumlaufs und der Einlagensummen abzulesen vermögen, inwieweit die angeblichen Anstrengungen zur Erhöhung der Produktion und der Importe von Konsumgütern der zur Zeit vorhandenen und unbefriedigten Nachfrage gerecht zu werden vermag. Die natürlichen marktwirtschaftlichen Reaktionen wären Heraufsetzung der Preise oder Herabsetzung des — am Stande der Produktivität der Wirtschaft gemessen — offenbar überhöhten Lohnniveaus. Derartige Auswege sind aber den Planungsbehörden der SBZ verschlossen, wie es u. a. auch die Ereignisse des 17. Juni im vorigen Jahre beweisen. Der Versuch der Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft durch Erweiterung der Steuerfreiheit von Spareinlagen und durch gleichzeitiges Angebot von steuerfreien Pfandbriefen — in beiden Fällen unter Zusage der Anonymität — scheint, an den Zahlen des Geldumlaufs gemessen, bisher noch ohne wesentlichen Erfolg geblieben zu sein.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

